

Fundierte Überlegungen anstellen

Das Pflegegeldgesetz ist seit einem Jahr in Kraft und hat die ambulante Pflege und Betreuung in der häuslichen Umgebung aufgewertet. Trotzdem haben sich in der Praxis Schwachstellen offenbart, für die nun Lösungen gefunden werden müssen.

Von Desirée Vogt

Vaduz. – Es wird immer schwieriger, geeignetes Betreuungs- und Pflegepersonal zu finden. Wo kann Pflegepersonal rekrutiert und wie soll das Ganze koordiniert werden? Klar ist, dass der Bedarf nicht ohne Personal aus dem Ausland zu decken sein wird. Doch wie sollen diese den Pflegebedürftigen sieben Tage und rund um die Uhr zur Verfügung stehen, solange sie keinen ausländerrechtlichen Sonderstatus erhalten? Ein weiteres Problem: Pflegebedürftigen kommt automatisch die Rolle eines Arbeitgebers mit all seinen Pflichten zu. Welche Möglichkeiten gibt es, die Pflegebedürftigen hier zu entlasten? Um pragmatische Lösungen für die genannten Problemfelder zu finden, haben die FBP-Abgeordneten ein Postulat eingereicht, das gestern mit 22 Stimmen an die Regierung überwiesen wurde.

«Pool» soll geschaffen werden

Die Abgeordneten unterstützten gestern vor allem den Vorschlag, einen sogenannten Pool für Betreuungs- und Pflegepersonal zu schaffen. «Das würde den suchenden Angehörigen die Suche erleichtern», so die VU-Abgeordnete Gisela Biedermann. Ausserdem ergäbe sich dadurch eine Auswahlmöglichkeit, die es gestatte, Betreuungspersonen nach dem individuellen Bedarf auszusuchen. Regierungsrätin Renate



Suchen in der ambulanten Pflege und Betreuung nach neuen, besseren Lösungen: Regierungsrätin Renate Müssner und Regierungsrat Hugo Quaderer wollen sich mit zahlreichen Fragen intensiv auseinandersetzen. Bild Daniel Schwendener

Müssner betonte, dass die Regierung diese Frage bereits in der Vergangenheit intensiv diskutiert habe und ein solcher vorgesehen sei. Die Frage sei, wo man diesen ansiedle. Am besten dort, wo Kompetenz und Erfahrung vorhanden sei: Bei den Familienhilfen. «Wir haben zwei sehr intensive Jahre verbracht, sind aber leider noch nicht so weit, wie wir sein müssten», informierte Renate Müssner. Denn alles müsse zwischen sechs verschiedenen Vereinen und einem Dachverband abgestimmt werden. Die Abgeordnete Marlies Amann-Marxer betonte, dass es den unbedingten Willen

zur Zusammenarbeit aller Beteiligten benötige, um die Probleme zu lösen. «Deshalb rufe ich alle zur Zusammenarbeit und Kooperation auf.»

«Sonderstatus nicht gefährden»

Ein noch grösseres Problem stellt sich vermutlich aber im Hinblick auf den Aufenthalt ausländischer Pflegekräfte. «Denn es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich, eine ausreichende Anzahl von inländischen Personen für die anstehenden Betreuungsfälle zu finden – zumal der Bedarf steigen wird», betonte Gisela Biedermann. Für problematisch hält sie auch die vielfach zu

lange Wochenarbeitszeit, zumal das Pflegepersonal quasi als «Mitbewohner» im selben Haushalt lebt.

Der Landtag ist sich aufgrund der demographischen Entwicklungen bewusst, dass hier dringend eine Lösung gefunden werden muss. Doch wie soll dies geschehen, ohne in anderen Berufszweigen Begehrlichkeiten zu wecken und eine wettbewerbsneutrale Vergabe der Aufenthaltsbewilligungen zu garantieren? «Die Möglichkeiten müssen ausgelotet und Grenzen abgesteckt werden», so Marlies Amann-Marxer. Niemand wolle die Aufenthaltsregelung lockern, so Man-

fred Batliner (FBP), aber man könne vor der demographischen Entwicklung ebenfalls nicht die Augen verschliessen. Und auch der VU-Abgeordnete Thomas Vogt betonte: «Wir müssen gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden, die den Sonderstatus mit dem EWR nicht gefährdet und der demographischen Entwicklung trotzdem Rechnung trägt.»

Regierung sucht nach Lösung

«Diese Frage eines befristeten ausländerrechtlichen Sonderstatus ist nicht neu», so Regierungsrat Hugo Quaderer. Bereits 2008 habe die Regierung dazu Stellung genommen und die Frage gestellt, ob ein Bedarf für die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen bestehe bzw. ob dadurch ein Präjudiz für andere Sektoren geschaffen würde. «Uns ist bewusst, dass Handlungsbedarf besteht und nach Lösungen gesucht werden muss. Die Erwartungen dürfen aber nicht zu hoch angesetzt werden», so der Innenminister. Aus der Eintretensdebatte ziehe er den Schluss, dass an der heutigen Personenverkehrslösung festgehalten werden soll, was er ausdrücklich begrüsse. Allerdings verringere sich dadurch auch der Handlungsspielraum. «Die Regierung wird sich mit dieser Frage noch einmal sorgfältig auseinandersetzen und sehen, ob es möglich ist, für diese Personen einen dreiwöchigen Sonderstatus zu schaffen. Allerdings haben wir dafür zu sorgen, dass die wettbewerbsneutrale Vergabe der Aufenthaltsbewilligungen garantiert ist.»

Renate Müssner betonte, dass die Problemfelder einer Lösung zugeführt werden müssen. «Wir bitten um Verständnis, dass das nicht in wenigen Monaten gelöst werden kann. Ich versichere Ihnen aber, dass wir sehr darum bemüht sind, gute Lösungen zu finden.»